

Presstext zu den neuen Plänen für die Innenstadtentwicklung in Leichlingen

In den letzten Tagen ist das Thema Innenstadtentwicklung wieder in aller Munde. Auch die Bürgerinitiative „Rettet den Stadtpark“ hat sich intensiv mit den Plänen auseinandergesetzt und nimmt dazu Stellung:

In ihren Wahlprogrammen haben sich alle Parteien für eine breite Bürgerbeteiligung an den Entscheidungen zur Innenstadtentwicklung ausgesprochen. Der zu diesem Thema gegründete Arbeitskreis besteht aber nur aus Politikern und Vertretern der Verwaltung, des WIV und der IHK.

Hier wäre eine gute Gelegenheit, weitere Fachleute und sachkundige Bürger mit einzubinden. Die Politiker aller Parteien könnten so ihr Wahlversprechen einlösen.

Die Arbeit an den neuen Plänen ist aber erst dann sinnvoll, wenn die Politiker, nach Vorarbeit der Verwaltung, die grundsätzliche Frage entschieden haben „Rathausneubau oder Sanierung“. Dann muss auch eine weitere grundsätzliche Frage beantwortet werden „Erhalt des Stadtparks oder Bebauung“. Und ist es überhaupt sinnvoll, den Bürgern nur zwei Varianten eines Einkaufszentrums zur Abstimmung anzubieten, ohne die Möglichkeit einer kleineren Lösung auf der Wupperseite zu erwägen?

Der Arbeitskreis zur Innenstadtentwicklung hat zwar schon viele wichtige Fragen angeschnitten, da aber die Sitzungen nicht öffentlich sind, erhalten die Bürger bisher keine Antworten auf dringende Fragen wie:

- Wie sieht das künftige Stadtmarketing der Stadt Leichlingen aus?
- Wie werden die Auswirkungen auf den bestehenden Einzelhandel sein?
- Welche Maßnahmen sind geplant, um Einzelhandel und Industrie stärker zu stützen?
- Wie sollen Brückerfeld, Brückenstraße, Kirchstraße, Gartenstraße eingebunden werden?
- Wie soll das wachsende Verkehrsaufkommen reguliert werden?

Bei der Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen sollten die Politiker unbedingt die Bürger mit einbeziehen. Nur dann erreichen sie eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Bürgerinitiative „Rettet den Stadtpark“ ist gerne bereit, mitzuarbeiten.

Ein entsprechender Antrag ist dem Bürgermeister zugegangen.